

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1927

28.6.1927 (No. 147)

Expedition: Karlsruher Straße Nr. 14
Verantwortlicher: Nr. 953 und 954
Postfachkonto Karlsruhe Nr. 3516

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich für den redaktionellen Teil und den Staatsanzeiger: Chefredakteur E. K. u. n. d. Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 2.— RM. einb. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pfg. — Samstag 15 Pfg. — Anzeigengebühr 14 Pfg. für 1 mm Höhe und ein Zentimeter Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreduzierter Rabatt, der als Kassenabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Antikliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruherstraße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, zwangsweiser Beitreibung, und Konturverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Überschwemmung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Institut keine Anfrühe, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatschluß erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags

Die Selbstverwaltung der Wirtschaft in den Industrie- und Handelskammern

Von Dr. Klaus Buschmann, Berlin.

„Selbstverwaltung“ ist die Erfüllung öffentlicher Aufgaben durch vom Staat dazu berufene öffentlich-rechtliche Körperschaften unter staatlicher Aufsicht, aber mit eigener Verantwortlichkeit und eigener Entscheidungsfreiheit, sowie mit eigenen selbstgewählten Organen. Die Selbstverwaltung der Wirtschaft, deren einziger Träger vorläufig noch die Industrie- und Handelskammern, die Landwirtschafts- und Handwerkskammern sind, unterscheidet sich von der kommunalen Selbstverwaltung dadurch, daß ihr nicht die Gesamtbevölkerung der Bevölkerung in einem bestimmten Raum, sondern nur die Angehörigen bestimmter Berufe und Berufsgruppen angehören. Handelskammern gibt es heute im Deutschen Reich 123, die neuerdings überwiegend die den tatsächlichen Verhältnissen Rechnung tragenden Namen „Industrie- und Handelskammern“ angenommen haben. Nur in Sachsen, Württemberg, Baden, Mecklenburg, Braunschweig, Anhalt und den Hansestädten ist die alte Bezeichnung beibehalten. Zu diesen Kammern treten noch fünf öffentlich-rechtliche Körperschaften engstverwandter Art hinzu, die ihr Dasein auf die besonderen Verhältnisse in den Hansestädten zurückführen, nämlich die Gewerbetreibenden in Hamburg, Bremen und Albed, sowie die Detaillisten (Kleinhandels-)Kammern in Hamburg und Bremen. Die Industrie- und Handelskammern ganz Deutschlands haben sich in dem halboffiziellen Deutschen Industrie- und Handelstag mit dem Sitz in Berlin zusammengeschlossen, die Kammern der einzelnen Länder ihrerseits noch in einem Landesauschuß (Preußen) oder in Landeskammertagen, die jedoch loseren, nicht öffentlich-rechtlichen Charakters sind.

Von den Selbstverwaltungsaufgaben der Handelskammern seien besonders hervorgehoben: Beauskunftung und Beratung der Firmen nicht nur in Steuerangelegenheiten, sondern auch über handelsrechtliche Fragen und Aufwertungsfragen, über Zollfrage und andere Ausführungsangelegenheiten, über Fracht- und Postgebührenfrage. Dann vor allem die Pflege des Verkehrswezens, Errichtung von Prüfungsämtern, Einigungsämtern, Schieds- und Ehrengerichten, kaufmännisches Schulwesen, Prüfungsämter für Buchhalter und Maschinenführer, Veranstaltung von Vorträgen und Kursen, soziale Einrichtungen, Wohlfahrtspflege, Bibliotheken, Wirtschaftsarchive usw. Vielfach ist den Kammern auch die staatliche Aufsicht über die Börse übertragen. Ein eigenes Pressebüro unterhält, im Gegensatz zu nicht wenigen kommunalen Selbstverwaltungskörpern, bisher keine einzige Handelskammer; nur einige scheinen einen besonderen Pressereferenten zu haben für die Pflege der Beziehungen zur Presse und des Pressenachrichtendienstes. Sehr verbreitet ist dagegen die Herausgabe von Zeitschriften durch die Kammern. Es handelt sich hier in vielen Fällen um Publikationen, die weit über die Grenzen ihres Bezirkes hinaus Ansehen genießen. Dies gilt in erster Linie von dem Organ des Deutschen Industrie- und Handelstags, der „Deutschen Wirtschaftszeitung“, und den in Eisen erscheinenden „Wirtschaftlichen Nachrichten für Rhein und Ruhr“. Daneben werden mehrfach nicht für die Öffentlichkeit, sondern allein für die Firmen des Bezirkes bestimmte „Vertrauliche Mitteilungen“ in der Art kleiner Zeitschriften herausgegeben. Auch nicht periodische Veröffentlichungen in Buchform kommen vor. Die Niederrheinische Industrie- und Handelskammer Duisburg-Besel gibt sogar eine ganze Schriftenreihe heraus, fortlaufend unter dem Titel „Verwaltung und Wirtschaft am Niederrhein“. — In den letzten Jahren ist den Handelskammern in verstärktem Maße die Erledigung auch staatlicher Aufgaben und die Mitwirkung daran übertragen worden. So insbesondere auf den Gebieten des Reichsnachrichtendienstes, das seinen Sitz beim Auswärtigen Amt hat, und des Steuerwesens.

Staatliche Zuschüsse zu den allgemeinen Kosten und Ausgaben werden den Kammern so gut wie überhaupt nicht mehr zuteil. Die Verwaltungsgebühren bringen ihnen auch nicht Erhebliches ein. Deshalb muß der weitaus größte Teil der Ausgaben durch Umlagen, d. h. durch Zuschläge zur Gewerbesteuer (Handelskammerbeiträge) von den Firmen gedeckt werden. Doch sind die Ausgaben der Kammern im allgemeinen sehr bescheiden. Bedenfalls dürfte die Belastung der Firmen mit San-

delskammerbeiträgen nur einen Bruchteil dessen ausmachen, was die gleichen Firmen mit guten Gründen für ihre Arbeitgeber-, Fachverbände u. dgl. aufwenden. Wahlberechtigt und damit zugleich beitragspflichtig sind zur Handelskammer im wesentlichen diejenigen Handel- und Gewerbetreibenden, die in einem der für den Kammerbezirk geführten Handels- und Genossenschaftsregister eingetragen sind. Unerhebliche Abweichungen hiervon kommen allerdings vor, so z. B. in den Hansestädten. Gewählt wird durchweg nach dem allgemeinen, gleichen, unmittelbaren und geheimen Wahlrecht. Daraus ergibt sich, daß die Industrie- und Handelskammern auf rein demokratischer Grundlage aufgebaute Selbstverwaltungskörper sind. Manche ihrer Aufgaben lassen sich nur im Zusammengehen mehrerer Kammern lösen. Es bildeten sich deshalb Zweckverbände, deren es in Preußen heute acht gibt. Ingesamt sind von den 72 preussischen Kammern 32 einem Zweckverband angegeschlossen. Der größte und lebensvollste ist der Verband Niedersächsischer-Kammern mit dem Vorort Hannover. In anderen deutschen Ländern besteht diese Einrichtung noch nicht, abgesehen von Württemberg, wo die Handelskammern seit 1924 auf Grund einer Verordnung des Staatsministeriums in dem „Württembergischen Industrie- und Handelstag“, der in Personalunion mit der Stuttgarter Kammer steht, zu einem öffentlich-rechtlichen Zwangs-zweckverband vereinigt sind. Eine im Grundsatz gleiche Regelung traf Sessen.

Hiermit dürfte das Notwendigste, das von den Industrie- und Handelskammern jeder Staatsbürger wissen muß, in kurzen Umrissen dargelegt sein. Wer sich eingehender über deren Entstehung und Struktur, Leistungen und Ziele unterrichten will, sei auf das unter demselben Titel wie dieser Aufsatz bei Gustav Fischer, Jena, erschienene neue Buch des Reichstagsabgeordneten Oberbürgermeister Dr. Otto Hoff, Erster Syndikus der Niederrheinischen Industrie- und Handelskammer Duisburg-Besel, verwiesen. Dr. Hoff gilt auf dem Gebiete der Selbstverwaltungsaufgaben als einer der besten Kenner und kann deshalb auch auf wohl allgemeine Zustimmung rechnen, wenn er zum Schluß schreibt: „Die Selbstverwaltung der Wirtschaft, so wie sie sich in den deutschen Industrie- und Handelskammern zeigt, hat sich in einer Geschichte, fast genau so alt wie diejenige der modernen Gemeinde, behauptet. Durch die Arbeit eines Jahrhunderts — und nicht nur durch sie allein, sondern nicht minder durch die Leistungen der Gegenwart und die darauf erwachsenden Pläne der Zukunft — hat sie sich ein Recht darauf erworben, daß ihr auch weiterhin Luft und Raum zum freien Schaffen gewährleistet werde. Gutes verändere man nur, wenn Besseres an seine Stelle treten soll! Bislang hat mir noch keiner dieses Bessere gezeigt.“

Der Haushaltsauschuß des Reichstags

beriet die demokratischen, sozialdemokratischen und kommunistischen Anträge zur Beamtenbesoldung. — Abg. Steinkopf (Soz.) fordert, daß das Reich in der Beamtenbesoldung führend bleibe. Er sei von der preussischen sozialdem. Fraktion beauftragt, für sie zu erklären, daß sie dem Vorgehen des Reiches folgen werde. Es gehe nicht an, wenn Bayern immer eine Sonderstellung einnehme. Vorgegangen seien ja ohne Rücksicht auf das Reich bereits Baden, Hamburg und Bremen. Ein Hinweis auf die Besoldung der Beamten sei untragbar. Der letzte Termin sei der 1. Juli. — Abg. Weis auf (Dem.) begründete den Antrag seiner Fraktion, die fordert, ab 1. Juli 1927 Vorauszahlungen auf die Erhöhung folgen zu lassen. Eventuell werde sich die demokratische Fraktion mit dem 1. August als Termin hierfür zufriedengeben. — Abg. Seppel (Soz.) bedauerte, daß sich der Minister in der letzten Haushaltsausschüßsitzung gegen die „hystrischen“ Kundgebungen der Beamten gewendet habe. Wenn der Minister mit 180 M in Monat auskommen müßte, würde er wahrscheinlich auch hysterisch werden. — Abg. Quast (Dn.) suchte nachzuweisen, daß die Länder und Gemeinden sehr wohl in der Lage wären, die Kosten für die Besoldungserhöhungen ihrer Beamten aufzubringen. Der Vertreter der bayerischen Regierung wandte sich gegen die Kritik, die von verschiedenen Rednern an der Finanzpolitik der Länder geübt worden ist. An der einseitigen Stellungnahme der Landesfinanzminister könne man doch nicht vorübergehen. Ein Beschluß wurde noch nicht gefaßt.

Ein Denkmal für die gefallenen jüdischen Frontsoldaten. Am Montag mittag fand auf dem Ehrenfeld des Friedhofes der jüdischen Gemeinde in Weissenhof (Berlin) die feierliche Entfaltung des Gefallenen-Denkmals unter Beteiligung von Vertretern der Reichs- und Staatsbehörden, des Chefs der Heeresleitung, General Hege und Vertretern von Meer und Marine, der evangelischen Kirche, des Reichstages und Landtages, der Stadt Berlin, des Volkstages sowie zahlreicher Organisationen statt.

Berufszugehörigkeit und Vergütung der Notstandsarbeiter in Baden

BA. In den letzten Jahren war man bei der Durchführung der Erwerbslosenfürsorge bestrebt, einen Teil der unterstützten Erwerbslosen bei Notstandsarbeiten zu beschäftigen. Man setzte dabei an Stelle der Gebührentätigkeiten eine wirtschaftlich und sozial wertvollere Fürsorge (produktive Erwerbslosenfürsorge). Die durch die Beschäftigung der Erwerbslosen ersparte Unterstützung wurde meistens im mehrfachen Betrage, zum Teil durch Zuschüsse, zum Teil durch Darlehen, letztere in der Regel aus Reichs- und Landesmitteln, zur Förderung öffentlicher Notstandsarbeiten verwendet. So kamen beispielsweise nach der vom Minister des Innern dem Badischen Landtag vorgelegten Denkschrift über Erwerbslosenfürsorge vom 9. Dezember 1926 (Landtagsdrucksache Nr. 1a) in der Zeit vom 1. Januar 1926 bis 18. November 1926 insgesamt 616 Notstandsarbeiten mit 1 697 337 Erwerbslosentagen zur Förderung. Die für diese Arbeiten aus Mitteln der (produktiven) Erwerbslosenfürsorge in Aussicht gestellte Gesamtförderung betrug in dem vorerwähnten Zeitraum 11 810 211 M, wovon auf die Grundförderung (in der Regel Zuschußförderung) ein Betrag von 5 253 506 M und auf die verbleibende Förderung (Darlehensförderung aus Reichs- und Landesmitteln) ein Betrag von 6 556 705 M entfiel. Die Förderung und Durchführung von Notstandsarbeiten des letzten Jahres hat sich auch im Verlaufe dieses Jahres in ungefährer Höhe gehalten. Durch diese Art der Fürsorge gelangten im Wochendurchschnitt 4000 bis 7400 Erwerbslose bei Notstandsarbeiten zur Beschäftigung. Die Dauer der Beschäftigung der einzelnen Erwerbslosen schwankte zwischen einer und 13 Wochen. Nach Ablauf dieser Frist wechselte man diese Notstandsarbeiter durch andere Erwerbslose wieder aus. Dadurch kam wohl der größte Teil, insbesondere der langfristigen Erwerbslosen, soweit sie überhaupt für solche Arbeiten verwendungsfähig waren, für kürzere oder längere Dauer bei Notstandsarbeiten zur Beschäftigung.

Über die Berufszugehörigkeit der Notstandsarbeiter und über die Art der den Notstandsarbeitern gewährten Vergütung hat das badische Landesamt für Arbeitsvermittlung in diesem Frühjahr besondere Erhebungen vorgenommen. Als Stichtag wurde der 30. März 1927 festgesetzt. An diesem Tage wurden im Lande Baden bei 172 in der Ausführung befindlichen Notstandsarbeiten 5386 Erwerbslose als Notstandsarbeiter beschäftigt. Der größte Teil dieser Notstandsarbeiter gehörte der Berufsgruppe der Lohnarbeit wechselnder Art an. Auf diese Berufsgruppe entfielen 2464 Erwerbslose, d. h. 45,85 v. H. der beschäftigten Notstandsarbeiter. Ihnen folgte die Berufsgruppe der Metallarbeiter mit 1175 Notstandsarbeitern, d. h. 21,81 v. H. der Gesamtzahl der beschäftigten Notstandsarbeiter. Die Berufsgruppe der gelernten Bauarbeiter folgt erst an dritter Stelle mit 755 Notstandsarbeitern oder 14,38 v. H. der Gesamtzahl der bei Notstandsarbeiten beschäftigten Erwerbslosen.

Dem Holz- und Schnitstoffgewerbe gehörten 236 Notstandsarbeiter, d. h. 4,38 v. H. der Gesamtzahl an. Der Anteil der übrigen Berufsgruppen an der Gesamtzahl der Notstandsarbeiter betrug insgesamt 13,58 v. H. Die geringe Beteiligung dieser übrigen Berufsgruppen dürfte auf zwei Ursachen zurückzuführen sein: einmal, die geringe Erwerbslosigkeit in diesen Berufsgruppen, sodann die mangelnde körperliche Eignung dieser Berufsgruppenangehörigen. Die gemachten Feststellungen ergeben, daß der Anteil des Bauarbeiters bei weitem nicht so groß ist, als allgemein angenommen wird. Diese Tatsache ist von Wichtigkeit. Sie entkräftet die Behauptung, daß die Regelung der Vergütung der bei Notstandsarbeiten beschäftigten erwerbslosen Bauarbeiter von Einfluß sei auf die Lohnpolitik der im freien Arbeitsverhältnis beschäftigten (nichterwerbslosen) Bauarbeiter.

Die Vergütung der Notstandsarbeiter erfolgte bei den am 30. März 1927 in der Ausführung befindlichen 172 Notstandsarbeiten bei 70 Notstandsarbeiten nach dem Tarif für Gemeinde- und Staatsarbeiter, bei 61 Notstandsarbeiten nach dem Tarif der Tiefbauarbeiter, bei 35 Notstandsarbeiten nach dem „ortsüblichen Lohn“ und bei 6 Notstandsarbeiten nach einem vom Verwaltungsausschuß des zuständigen öffentlichen Arbeitsnachweises festgesetzten besonderen Vergütungssatz.

In den Stadtbezirken, in welchen auch die größeren Arbeiten ausgeführt und daher die meisten Notstandsarbeiter beschäftigt wurden, richtet sich die Vergütung überwiegend nach dem Tarif der Tiefbauarbeiter. Von den 65 am 30. März 1927 in städtischen Bezirken in Durchführung begriffenen Notstandsarbeiten wurde bei 36 Arbeiten für die Vergütung der Tiefbauarbeitertarif zugrundegelegt. Bei 25 weiteren städtischen Notstandsarbeiten erfolgte die Vergütung der Notstandsarbeiter nach Maßgabe des Gemeinde- und Staatsarbeitertarifs.

Zieht man die Arten der einzelnen Notstandsarbeiten in Betracht, so haben die Erhebungen ergeben, daß es sich bei den Maßnahmen, bei denen die Vergütung nach dem Gemeinde- und Staatsarbeitertarif geregelt ist, in der Hauptsache um Arbeiten handelt, die sonst im allgemeinen von Gemeindefunktionären ausgeführt werden. So werden z. B. Arbeiten bei Anlage von kleineren Waldwegen, Straßen und Gehwegen, kleinere Waldarbeiten, Arbeiten bei Anlage von Sportplätzen usw. nach diesem Tarif vergütet. Die größeren eigentlichen Tiefbauarbeiten werden in den Städten nach dem Tiefbauarbeitertarif vergütet. Als spezifische Tiefbauarbeiten kommen dabei insbesondere Geländebewegungen, die Anlage und Kanalisation großer Straßenzüge und dergleichen in Betracht.

Ein Ausnahmefall bilden die Städte eines Arbeitsnachweisesbezirkes, wo einheitlich eine vom Verwaltungsausschuß des

öffentlichen Arbeitsnachweises festgesetzt, nach Altersklassen gestaffelte Wochenvergütung bezahlt wird.

Zu den Landbesitzern ist das Bild entsprechend dem abweichenden Charakter dieser Arbeiten etwas zugunsten des Gemeinde- und Staatsarbeitertarifs verschoben. Etwa 45 v. H. der in Landgemeinden durchgeführten Notstandsarbeiten werden nach dem Gemeinde- und Staatsarbeitertarif vergütet, während bei 23,3 v. H. der Notstandsarbeiten der Tarif der Tiefbauarbeiter zugrundegelegt wird. Bei insgesamt 38 vorwiegend kleinen Begbauarbeiten wird der „ortsübliche Lohn“ vergütet.

Politische Neuigkeiten

Das Reichsschulgesetz

Die Frage, ob das Reichsschulgesetz noch vor den Sommerferien in erster Lesung vom Reichstage erledigt werden soll, ist noch offen. Dem „Berliner Lokalanzeiger“ zufolge hat am Montag nachmittag eine vertrauliche Ministerbesprechung über den Gegenstand stattgefunden und auch der interfraktionelle Ausschuss der Regierungsparteien hat sich mit dem Problem weiter beschäftigt. Einen endgültigen Beschluss über die Formulierung des Entwurfes wird das Reichsministerium, wie gemeldet, erst nach der Rückkehr des Reichsaussenministers Dr. Stresemann aus Oslo treffen. Wie das obengenannte Blatt weiter mitzuteilen weiß, ist auch der Plan erwohnen worden, das Gesetz in der Plenarsitzung sofort an einen Ausschuss zu verweisen, der es noch vor den Sommerferien in Angriff nehmen könnte. Da auch eine Beratung über das Sperrgesetz voraussichtlich im Reichstage nicht stattfinden wird, so hält man es in parlamentarischen Kreisen für wahrscheinlich, daß die Sommertagung des Reichstages noch vor Mitte Juli abgeschlossen werden kann. Wie der „Vorwärts“ zu melden weiß, soll die Regierungsvorlage über die Solländerungen noch in dieser Woche im Reichstage behandelt werden.

Begrüßung der deutschen Delegation auf dem Internationalen Handelskongress

Bei der Eröffnung des 4. Internationalen Handelskongresses in Stockholm, richtete der Vorsitzende des Kongresses, Vizepräsident A. Wallenberg, an die deutschen Delegierten in deutscher Sprache folgende Worte: „Ich erlaube mir, die deutschen Delegierten speziell zu begrüßen, da es das erste Mal ist, daß Deutschland sich in unserem Kongress hat repräsentieren lassen. Wir wissen alle, daß unsere Arbeit durch die Erfahrung und die tiefen Kenntnisse, die Sie, meine Herren, uns zuführen, erleichtert wird, und darum sagen wir Ihnen ein herzlich willkommen.“ Was das Programm des Kongresses anbetreffe so handelt es sich nicht nur darum, die Handelsbeziehungen zwischen den verschiedenen Ländern zu verbessern, sondern auch, und in erster Linie darum, die herzlichen Beziehungen zwischen allen Nationen zu erleichtern und den Frieden zu erhalten.

Die drei Kommissionen der Internationalen Handelskongresses begannen ihre Beratungen. In der ersten Kommission, die sich mit den Hindernissen des freien Handelsverkehrs befaßt, hielt Professor Gustav Kassel, eine Rede über Staatssubventionen für den Handel. In der Kommission für Luftverkehr beschloß man verschiedene Schritte zu unternehmen, um den Luftverkehr in ganz Europa einheitlich zu regeln. Die Kommission für Wechsel und Schecks beschloß, daß ein internationaler Kongress den Regierungsvertretern vorschlagen solle, eine Vereinheitlichung der Scheckgesetzgebung in den verschiedenen germanischen und lateinischen Staaten durchzuführen.

Die Not der deutschen Wissenschaft und das Reichsfinanzministerium

Im Zusammenhang mit den Befürchtungen wissenschaftlicher Gesellschaften wegen erheblicher Abstriche bei den Zuwendungen für die Wissenschaft im kommenden Etatjahr brachte Reichsfinanzminister Dr. Köhler in einem Telegramm an den Senat der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft sein lebhaftes Bedauern über die entstandene Beunruhigung, die jeder Begründung unterliege, zum Ausdruck. Dr. Köhler hat vom Senat und der Mitgliederversammlung für seine beruhigenden Erklärungen ein Dankschreiben erhalten. — Von unrichtiger Seite wird ferner mitgeteilt, daß der Reichsfinanzminister zu den Etatansätzen 1928 überhaupt noch nicht Stellung genommen hat.

Ein neues Attentat in Rußland. Der Vorsitzende des Moskauer Kriegsgerichts, Orloff, wurde im Gerichtsgebäude durch einen Revolverbeschuß verletzt. Der Täter wurde verhaftet, seine Persönlichkeit ist jedoch noch nicht festgestellt.

Bildende Kunst in Karlsruhe

Die Landesgruppe Baden des Bundes Deutscher Gebrauchsgrafiker hat im Landesgewerbeamt eine kleine Ausstellung ausgebaut die für sie werden soll: Neulame für die Neulame. Sehr hübsch sind die sauberen Kojen, die noch von der Ausstellung für Friedhofskunst her stehen geblieben sind, ausgestattet. Einzelne Künstler haben mit ihren Arbeiten ganze in sich geschlossene Abteilungen zusammengestellt, andere haben in buntem Durcheinander in der Art, die man von den Anschlagssäulen her kennt, Plakat neben Plakat gehängt. Einzelne Kojen sind mit Arbeiten von Schülern der Fachklasse für Gebrauchsgrafik an der Landeskunstschule gefüllt, von der auch neben Entwürfen aus dem Gebiet der eigentlichen Gebrauchsgrafik hübsche Kostümentwürfe, Kleisterpapiere und allerhand nette Schächtelchen und Kästchen gezeigt werden.

Aus der Menge der ausgestellten Arbeiten fallen immer wieder die von drei Künstlern heraus, die mir am besten den Geist neugeistlicher Neulame erfasst zu haben scheinen, das sind der Mannheimer Karl Vertsch, der Heidelberger Andreas Meier und der Karlsruher Professor Scharrenberger. Jeder dieser drei bewährt sich auf einem besonderen Gebiete, trotzdem er auch jede andere Kategorie graphischer Werbekunst meistert: Vertsch hat das große, schlagkräftige Außenplakat der Anschlagssäulen in seiner prägnanten Weise zu größter Wirkung gebracht, Meier das feinere zartere Innenplakat, das er mit seinen reichen, lustigen Einfällen ebenso ausstattet wie seine Geschäftskalender oder Zeitungsinserate. Scharrenberger ist schließlich der Künstler der Radungen und Beklebung der kleineren Druckgraphik von der Empfehlungskarte bis zur Industrieobligation. — Bekannte Namen anderer Künstler erscheinen neben diesen dreien: Ivo Ruhmann, Baden-Baden, der sich als einer der ersten jüngsten Künstler in unserem Lande der Neulamekunst verschrieb, Prof. Kufche, Karlsruhe, und wie sie alle heißen. Mit der Reichhaltigkeit ihrer Auswahl zeigt die Ausstellung, wie viele Möglichkeiten für gedruckte Neulame bestehen. Für jeden Geschäftsmann birgt sie eine Fülle von Anregungen und Belehrungen. Wer diese Übersicht aufmerksam durchstudiert hat, wird erkannt haben, daß die werbende Kraft jeder Neulame, selbst des kleinsten Zeitungsinserats, unendlich viel höher zu bewerten ist, wenn ein Künstler sie gestaltet hat.

Deutscher Reichstag

BRD. Berlin, 27. Juni.

Das als erster Gegenstand der Tagesordnung stehende Kriegsgerätegesetz wird auf Vorschlag des Präsidenten abgelehnt. Präsident Ebert erklärte dazu: Dieser Vorschlag entspricht einem Wunsch des Reichsaussenministers, der gestern abreisen mußte, aber sagte, daß er zu diesem Entwurf auf Fragen antworten möchte.

Es folgt die 2. Beratung des deutsch-italienischen Vergleichs- und Schiedsgerichtsvertrages.

Abg. Dr. Schüding (Dem.) begrüßt namens der deutschen Gruppe der interparlamentarischen Union den Vertrag als einen wesentlichen Fortschritt in der Verbesserung der internationalen Beziehungen. Deutschland könne stolz darauf sein, daß es von allen Ländern die meisten Schiedsgerichtsverträge abgeschlossen habe, mehr sogar als England. Die Tatsache, daß jetzt ein ganzes Netz solcher Verträge besteht, beweise, daß in der Welt der Rechtsgedanke marsschert. Es sei erfreulich, daß Deutschland in dieser Beziehung eine führende Stellung einnimmt.

Abg. Stüder (Nomm.) betont demgegenüber, in Wirklichkeit sei dieser Vertrag nur ein geschickter imperialistischer Schachzug Mussolinis und Stresemanns den Ring der Kapitalisten gegen Rußland fester zu schließen. Die Kommunisten würden diesen Vertrag ablehnen.

Abg. Dr. Breitscheid (S.) erklärt, es gehöre eine große Phantasie dazu, den deutsch-italienischen Vertrag als ein Instrument des deutschen Imperialismus zu bezeichnen. Von einem Einseitigen Deutschland in die antirussische Front könne er nicht recht seine Rede sein. Die mit Ausland geschlossenen Verträge von Rapallo und Berlin seien viel weitergehend als der jetzige Vertrag mit Italien. Wir stimmen dem Vertrage zu, obgleich wir die schärfsten Gegner der italienischen Außen- und Innenpolitik sind. Wir wollen aber in guter Freundschaft mit dem italienischen Volk leben und hoffen daß eines Tages nicht Mussolini unser Vertragspartner sein wird, sondern das italienische Volk.

Abg. Freiherr v. Rheinbaben (Dt. Vp.) betont die Notwendigkeit, in erster Linie mit allen Großmächten freundschaftliche Verhältnisse herzustellen, also auch mit Italien. — Damit schließt die Aussprache. Der deutsch-italienische Vertrag wird in 2. und 3. Beratung angenommen.

Darauf folgt die 2. Beratung der Novelle zur Pachtbuchordnung. Darnach soll sie am 30. September d. J. ablaufende Pachtbuchverträge bis zum 30. September 1929 verlängert werden. Der Ausschuss beantragt eine Änderung dahin, daß bei Feuerungsverträgen die Frauenhilfspflicht wegfällt, solange die Frau durch Mutterschaftspflichten, Krankheit in der Familie und ähnliche Härtefälle an der Arbeit behindert ist.

Abg. Tempel (S.) stimmt der Verlängerung zu und begrüßt die vom Ausschuss beantragte Verbesserung. Der Redner beantragt auch die jetzt ausgenommenen Pachtverträge, die zwischen dem 1. März 1924 und dem 30. September 1928 abgeschlossen sind, der Pachtbuchordnung zu unterstellen.

Abg. Rühnburg (Dem.) bedauert, daß die Reichsregierung dem Reichstagsbeschluss nicht nachgegeben ist, der an Stelle des Provisoriums ein Dauergesetz für den Pachtbuchvertrag verlangt.

Die Demokraten beantragen ebenso wie die Sozialdemokraten die Ausdehnung des Pachtbuchgesetzes auf alle Verträge, weiter beantragen sie die Umwandlung der auf Roggenmark abgeschlossenen Pachtverträge auf Weizenmark. Sämtliche Abänderungsanträge wurden abgelehnt. Das Gesetz selbst wurde unverändert in 1. und 2. Lesung angenommen.

Der sozialdemokratische Antrag über Mitteilung der Aufschlagsposten von Mitgliedern des Haushaltsausschusses. Ein Antrag Scholz (Dt. Vp.) auf Ermäßigung der Gehaltszulagen und Verlängerung der Nachzahlungfrist von 2 auf 5 Jahre wird durch einen Antrag der Regierungsparteien ersetzt, der von der Regierung eine entsprechende Gesetzesvorlage verlangt.

Es folgt der Bericht über den sozialdemokratischen Antrag betr. Entwurf eines Gesetzes über Kürzung der Versorgungsbezüge und Änderung des Ruhegeldgesetzes. Der Antrag fordert die Streichung von Bezügen von Beamten und Militärentpensionen bei Personen, die an hochverräterischen Untrieben gegen die Republik teilgenommen haben und deshalb rechtskräftig verurteilt worden sind. Der andere Teil des Antrages ist, soweit er die Anrechnung von Privateinkommen auf die Pensionen betrifft, bis zur Beratung der neuen Versorgungsordnung zurückgestellt worden. Der Ausschuss beantragt Ablehnung des Antrages bezüglich der Streichung der Pensionen.

Abg. Rohmann (Soz.) begründet den sog. Antrag. Dieses Gesetz solle dem standalösen Zustande ein Ende machen, daß

Pensionenempfänger der Republik sich an die Spitze von Putsch gegen die Republik stellen. Der Putschistenhauptmann Ehrhardt bekomme jährlich rund 10 000 M., Hauptmann Papst 4500 M., Oberst Bauer 9—10 000 M., Lubendorf, der allerdings nach Ansicht deutscher Gerichte mit besonderem Maßstab zu messen sei, und General von Lettow-Vorbeck 10 000 M. Pension, Frau Kapp eine Witwenrente (Lebhaftes hört, hört!), Fried und sein Freund Knebel, ebenso wie von Lohow erhielten Pensionen.

Der Initiativantrag wird an den Ausschuss zurückverwiesen.

Es folgt die erste Beratung eines Antrages Voigt (Dt. Vp.) auf Beschränkung der Zahl der wirtschaftlichen Betriebe des Reiches und anderer öffentlicher Körperschaften. Der Sozialwirtschaftliche Ausschuss hat sich mit dem Antrag im wesentlichen einverstanden erklärt.

Abg. Schmidt-Berlin (Soz.) begrüßt den Antrag. Der größte Feind des Kleinwerbes und des Kleinhandels seien aber nicht die öffentlichen Betriebe, sondern der Großhandel und die Konzerne.

Abg. Voigt erklärt, sein Antrag richte sich nicht gegen die unbedingt notwendigen öffentlichen Betriebe. Die Ausdehnung der eigenen Betriebe der Krankenkassen müsse ebenfalls verboten werden. Die Krankenkassen lebten zum Teil von den Beiträgen der Arbeitgeber und dürften nicht deren Konkurrenten werden.

Abg. Diener (D.M.) stimmt dem Vorredner zu, betrachtet aber die wirtschaftliche Betätigung der Länder und Gemeinden als noch gefährlicher für das Kleinwerbe als die Reichsbetätigung. Bei solcher Betätigung werde weiter nicht erreicht als die Verschleuderung öffentlicher Mittel.

Abg. Wartschat (Dem.) weist auf die Konkurrenz der eigenen Schneidereiindustrie des Reiches und der Stellmacherei der Reichswehr hin.

Darauf wird die Beratung abgebrochen. Das Haus vertagt sich auf Dienstag 16 Uhr: Verlängerung und Abänderung des Mietengesetzes. Schluß 19 1/2 Uhr.

Proteste der pfälzischen Presse gegen die Strafverfolgung von Redakteuren

Die Presse der Pfalz hielt in Zweibrücken eine Verbandsversammlung ab wozu Redakteure aus Ludwigshafen, Birmansheim, Zweibrücken, Mannheim und Karlsruhe erschienen waren. Nach Begrüßungsworten gab Kommerzienrat Waldkirch, Ludwigshafen, einen Überblick über die Gründung des neu errichteten zeitungswissenschaftlichen Instituts an der Universität Heidelberg und erläuterte dessen Ziele.

Die Versammlung nahm sodann Stellung zu den Verteilungen des Militärpolizeigerichts Landau wegen der Veröffentlichung von Notizen über Regimentsfeiern. Die Strafverfolgung der pfälzischen Schriftleiter finde weder in den Ordnungen der Rheinlandskommission, noch weniger aber in den Abmachungen von Locarno eine Stütze. In einer Entschließung an die Reichsregierung wurde gefordert, daß vom Reich alle Schritte zu Abstellung dieser Verletzung der Pressefreiheit im besetzten Gebiete eingeleitet werden.

Schlägereien zwischen Besatzungsangehörigen und Deutschen

Wie nachträglich bekannt wird, kam es am Sonntag, den 19. Juni, in einer Wirtschaft in Speyerdorf bei Neustadt a. d. S. zwischen dort stationierten französischen Soldaten und mehreren Deutschen wegen eines Mädchens zu einer Auseinandersetzung, die in eine Schlägerei ausartete, bei der zwei Personen verletzt wurden. Sie wurden in das Landauer Militärkrankenhaus gebracht. Am folgenden Tage wurden von Beamten der französischen Sicherheitspolizei umfangreiche Nachforschungen nach den am Streit beteiligten Deutschen angestellt. Mehrere Speyerdorfer Bürger wurden verhaftet, am letzten Donnerstag jedoch wieder freigelassen. Am Freitag wurden wegen der Vorfälle zwei Personen in Haushaft festgenommen. Über die Vorfälle selbst ein richtiges Bild zu geben, ist unmöglich, da die ganze Untersuchung von der französischen Genzarmeriebehörde geführt wird.

Provisorische Verlängerung der Geltungsdauer des Mieterschutzgesetzes und des Reichsmietengesetzes. Da der Reichstag voraussichtlich die erst jetzt eingegangenen Gesetze über das Mieterschutzgesetz und über das Reichsmietengesetz, die in mehreren Punkten wesentlich abgeändert worden sind, bis zum 1. Juli nicht mehr erledigen kann, hat der Reichstag am Montag auf Vorschlag der Regierung einen Gesetzentwurf gestimmt, wonach die Geltungsdauer des Mieterschutzgesetzes und des Reichsmietengesetzes zunächst bis zum 31. Juli verlängert wird.

Auch im Kunstverein herrscht diesmal die Graphik vor. Vier Räume sind ganz mit graphischen Arbeiten gefüllt. Gleich im Treppenhause empfängt den Besucher eine lange Reihe von Köpfen, Lithographien von Rudolf Grafmann, der im Laufe mehrerer Jahre eine Menge berühmter „Zeitgenossen“ porträtiert und diese Bildnisse jetzt im Verlag des Kreises herausgegeben hat. Mit diesen Steinzeichnungen wird der Besucher gleich an die Abteilung der Ausstellung herangeführt, die mir die wichtigste und ergebnisreichste zu sein scheint. Das sind die Veröffentlichungen des „Kreises“. Unter diesem Namen hat sich eine Gruppe von Künstlern und Kunstliebhabern zusammengeschlossen, die jährlich eine Mappe mit graphischen Arbeiten herausgibt. Den Inhalt dieser Mappe zeigt nun der Kunstverein, der damit eine Übersicht über die Tätigkeit des Kreises gibt. Die Hauptkünstler sind wenigstens in einzelnen Arbeiten durch frühere Ausstellungen hier bekannt: Karl Oster, ein gebürtiger Badener, von dem die Folge der Tänzerinnen zu sehen ist, Alexander Kanelst, aus Karlsruhe gebürtig, dann Carl Meise, Wolf Mühlisch, Hans Burmann, Hans Meis und noch eine Reihe andere. Es sind alles Namen von Klang, die eine Gewähr dafür bieten, daß die Mappe keine Reiten enthalten. Neben diesen graphischen Arbeiten hat der Kreis bisher drei Kleinbronzes herausgegeben, die ebenfalls in der Ausstellung zu sehen sind, die Figur eines liegenden Mädchens von Georg Kolbe, eine stehende Frau von Edwin Scharff und eine graziale Gajelle von Renee Sintenis, drei köstliche Werke, die die Mitglieder zu verhältnismäßig billigen Preisen erwerben können.

Es ist lehrreich und eine gute Schule für die Erkenntnis künstlerischer Werte, von den graphischen Mätern des Kreises zu der Graphik im benachbarten kleinen Treppencorridor zu gehen. Dort sind Radierungen und Zeichnungen von Fritz Seiberlich zu sehen, sauberliche Arbeiten, wie man wohl geteilt muß, aber in ihrer pedantischen Genauigkeit von einer peinlichen Dbe und bar jedes warmen, durchbluteten Geistes. Und dann sind da Zeichnungen und Radierungen von Heinrich Hüger, Köln, der zwar sicherer und fester zu packt, aber doch in Grunde nicht imstande ist, seinen Strich so mit Leben und Spannung zu füllen wie die Künstler des Kreises.

Noch ein Coal enthält Graphik und zwar Arbeiten von S. F. Derforth, einem Dresdener, der seit einiger Zeit in

Baden-Baden lebt. Derforth weiß besser zu fesseln. Sein Strich ist kräftig und sicher; geschickt weiß er das Charakteristische der Rennplatztypen oder der Tiere im zoologischen Garten zu erfassen und mit wenigen Zügen festzulegen. Einige Proben aus einer Folge „Segen der Erde“ zeigen ihn als Erfinder und Bildhauer. Schade, daß eine oft unangenehme Hartigkeit die gute Zeichnung zerreißt.

Nur von zwei Malern sind diesmal Bilder ausgestellt: im ersten Saale von Kurt Varr, Ludwigshafen, Landschaften und Porträts, nicht besonders gut, nicht besonders schlecht, Dinge, die absolut gleichgültig lassen. Im zweiten Saale aber folgen viele Arbeiten von William Straube, Neustadt, die durchaus darauf bestehen, daß man sich mit ihnen auseinandersetzt. Straube ist ein Erklärer, ein Mensch, der es sich nicht leicht macht. Nur ganz selten einmal gelingt ihm ein Aquarell auf den ersten Wurf, schnell hingeworfen in garten Farben, geschmacklich sicher und kultiviert. Ich nenne als Beispiel das Blatt Aricia, dessen feine graue Töne durchschaut sind von einem kaltrigen Lichte. Weit in der Mehrzahl aber sind die schweren, dunklen Zeichnungen und Bilder, die den Eindruck machen, als brüde eine Pentelast auf den Maler, der sich selbst in seinen Scherzen („Der gute Witz“) nicht zu einem befreienden Lachen aufschwingen kann; sein Pessimismus erlaubt höchstens ein traktloses, molantes Lächeln, das ohne Jörn das Feinliche als etwas Selbstverständliches hinnimmt. — Straube sucht sich auf seine Art über die formalen Probleme des Kubismus und des Expressionismus klar zu werden. Da Arbeit, wirkliche ehliche Arbeit in den Bildern steck, fesseln sie meist auf irgendeine Weise, obwohl sie überall breite Angriffslinien bieten. Prüft man im einzelnen, so ist es immer der Mensch dahinter mit seinen kleinen Schmerzen, der sich das Leben selbst schwer macht. Ihm blühen und leuchten die Blumen nicht, sie wellen und verdämmern. — Man sagt, daß alle große Kunst aus großem Leid geboren wird. Das heißt aber gewiß nicht, daß man sich selbstgeschaffenem Leid kamplos ergeben darf, wenn man eine große Künstler sein will. Etwas mehr lebensfrischen Mut zündet man für Straube, damit sein künstlerischer Ernst auch die Früchte bringt, die er verdient.

Zum Schluß sei nur kurz eine kleine Ausstellung erwähnt, die die Kunsthandlung Wüdicke in ihren neuen Räumen zeigt. Zum Gedächtnis an den kürzlich verstorbenen Professor Sand

Dr. Stresemann's Antritt in Oslo. Reichsanwältin Dr. Stresemann wurde am Bahnhof von dem Premier- und Außenminister Lulle, Mitgliedern des Reichsausschusses, dem deutschen Gesandten, Vertretern der Stadt Oslo und der deutschen Kolonie empfangen. Den Vertretern der Presse wollte er keine politischen Erklärungen geben. Er sagte, daß er die Anerkennung zu schätzen wisse, die die deutsche Außenpolitik der letzten Jahre durch die ihm vom norwegischen Reichsausschuss zuerkannte Auszeichnung gefunden habe. Deutschland bleibe mit achtungsvollem Interesse auf das norwegische Volk, das seit mehr als einem Jahrhundert sich vorbildlich Werken des Friedens gewidmet und den Geist internationaler Hilfsbereitschaft so sehr entwickelt habe.

Der angeklärte Fall Daubert. Der Aufenthalt Dauberts und der beiden mit ihm freigelassenen ist noch immer unbekannt. Die Schweizerische Depechen-Agentur teilt zu der Meldung Berliner Blätter über das Eintreffen Leon Dauberts in Lausanne mit, daß weder im Bundeshaushalt noch sonst in Bern etwas davon bekannt ist. Auch der Lausanner Berichterstatter der Depechen-Agentur hat trotz eifriger Nachforschung nichts über Dauberts Aufenthalt erfahren können. Der Untersuchungsrichter in der Affäre Daubert hat eine Reihe von Zeugen darüber vernommen, wie es möglich gewesen ist, vom Ministerium des Innern aus ins Gefängnis zu telephonieren. Zu einem Ergebnis ist er, wie Sabas berichtet, bisher noch nicht gelangt.

Ruffinis Dank an die deutsche Marine. Als der italienische Flieger de Pinedo zum Ozeanflug von Amerika nach den Azoren gestartet war, hatte bekanntlich das gerade bei den Azoren vor Anker liegende deutsche Geschwader seine Scheinwerfer zur Verfügung gestellt, um de Pinedo, falls die Nacht einbrechen sollte, die Richtung zu weisen. Für diese Hilfeleistung der Marine hat den Blättern zufolge nunmehr Ruffinis der deutschen Regierung seinen Dank ausgesprochen.

Kurze Nachrichten

Verlängerung der Kräftensicherung für Erwerbslose. Der Reichsrat hat am 23. d. M. einen Verordnungsentwurf des Reichsarbeitsministers genehmigt, durch den das Gesetz über eine Kräftensicherung für Erwerbslose im bisherigen Umfang bis zum 30. September 1927 verlängert wird.

Inkrafttreten des Arbeitsgerichtsgesetzes. Am 1. Juli d. J. tritt das Arbeitsgerichtsgesetz in Kraft. Mit diesem Zeitpunkt beginnen die Arbeitsgerichtsbehörden ihre Tätigkeit, während Gewerbegerichte, Kaufmannsgerichte und arbeitsgerichtliche Kammern der Schlichtungsausschüsse zu bestehen aufhören.

Deutsche Frauen-Abgeordnete als Vortragsgäste im englischen Unterhaus. Die deutschen Abgeordneten, Frau Dr. Lüders und Dr. Spahr, sind in London eingetroffen und werden im englischen Unterhaus den Abgeordneten Vorträge über wirtschaftliche und politische Probleme Deutschlands halten.

Kohlenpreis-Erhöhung. Der Reichskohlenrat hat eine Erhöhung des Preises für Mager-, Fett- und Gasamtkohle von 7 1/2 Proz. beschlossen, was jedoch vom anwesenden Vertreter des Reichswirtschaftsministeriums beanstandet wurde.

Chamberlin und Levine besuchen die Schweiz. Die amerikanischen Flieger Chamberlin und Levine haben von Prag aus telegraphisch, sie würden, wenn das Wetter es gestatte, am Dienstag nach Dübendorf fliegen und am Nachmittag dort eintreffen. Am Mittwoch würden sie mit einem Schweizer Flugzeug nach Thun fliegen und dann im Auto nach Bern fahren, wo sie vom Bundesrat empfangen würden.

Das Mitropa-Kursbuch deutscher Schnellverbindungen erscheint in einer neuen verbesserten Ausgabe. In übersichtlicher Form sind alle D-, Eil- und beschleunigten Personenzugverbindungen Deutschlands und ihre Anschlüsse auf die Strecken der benachbarten europäischen Länder aufgeführt. Es ist Hauptleitfaden der Herausgeber gewesen, beste Übersicht und damit größtmögliche Einfachheit in der Bedienung zu erreichen. (Mitropa, Berlin NW 7, Universitätsstr. 2/3a.)

Wetterbericht der Landeswetterwarte Karlsruhe. Der gestern noch über der Nordsee gelagerte Wirbel ist vor den nach Südspanien und das europäische Festland eingebrachten kalten Luftmassen nach Nordwesten zurückgewichen und füllt sich langsam auf. Ein über der Ostsee liegender Randwirbel erhält Energiezufuhr aus Russland und wird sich vertiefen. Wir rechnen daher für unser Land mit abflauendem Westwind mit steigender Aufhellung und geringer Erwärmung. Voraussichten für Mittwoch, den 29. Juni: Es wird wärmer bei abflauenden Winden. Noch teilweise wolfig. Südbaden zeitweise heiter, nur vereinzelt Niederschläge.

von Volkmann ist hier eine Anzahl von Radierungen und Lithographien des Malers zusammengestellt. Es erübrigt sich hier ausführlich über Volkmanns Arbeiten zu schreiben. Der Hinweis darauf mag genügen. Dr. Str.

Bildhauer Fritz Werner, Karlsruhe. In diesen Tagen feiert der bekannte Bildhauer Dr. Fritz Werner seinen 60. Geburtstag. In Wien ist er geboren und erzogen. Nach längerer Tätigkeit als Chemiker wandte er sich im Jahre 1912 in Dresden der bildenden Kunst zu. 1913 bezog er die Karlsruher Akademie. Dann führte ihn der Kriegsdienst zur österreichischen Armee. Seit 1919 lebte er als freier Künstler oft unter den schwierigsten Lebensumständen in Karlsruhe. Besonders Aufsehen erregten seine Arbeiten bei einer kleinen Kollektivausstellung im Jahre 1921 im Karlsruher Künstlerverein, bei der eine lebhaft diskutierte über seine höchst persönliche Ausdrucksweise entstand. Seither hat Werner's Kunst auf ehrenvollen Ausstellungen, wie der letztjährigen Dresdener Internationalen und auch anderen Orten (Frankfurt, Darmstadt) und bei gelegentlichen Staatsankäufen starke Zustimmung gefunden. Die unmittelbare Wirkung, die von den Arbeiten Werners aus der Zeit um 1920 ausgeht, beruht auf der Konzentration, mit der ohne jede Konzeption an das sogenannte "Schöne" die dumpfe Vitalität des Lebens zum Ausdruck gebracht wird. Man kann vor diesen Arbeiten mit gutem Recht die Parallele zur Kunst der Kollwitz ziehen. Die späteren Arbeiten — vor allem Bildnisbüsten und die sehr überzeugenden Büsten Lafalles und Morgans — überzeugen durch ihre formale Festigkeit und sichere psychische Erfassung. Werners Kunst ist von Grund auf ehrlich; sie täuscht nichts vor, sie schmeichelt weder der Eleganz noch dem Pathos. Darin liegt der ethische und ergreifende Wert dieses Künstlers, der ohne Zweifel in der ersten Reihe der heutigen deutschen Bildhauer steht. Curjel.

Ehrung Max Liebermanns. In der preussischen Akademie der Künste zu Berlin fand eine Ehrung Max Liebermanns statt, der seinen 80. Geburtstag feiern kann. Es wurde eine Ausstellung eröffnet, wobei in Gegenwart des Reichskanzlers und zahlreicher anderer prominenter Persönlichkeiten der preussische Kultusminister Dr. Becker eine Rede auf den hervorragenden Künstler hielt.

Badischer Teil

Badischer Landtag

Vierte Änderung des Gebäudeversteuerungs-Gesetzes

Lurch die vom Reich bestimmte Mieterhöhung um 10 Proz. wurde die Regierung veranlaßt, eine Gesetzesänderung vorzuschlagen, dergestalt, daß 4 Proz. zur Benutzung für den Wohnungsbau weggesteuert werden sollen und zwar von den Mietschältern. Das Aufkommen dieser neuen Steuer beträgt 8,2 Millionen, wovon den Gemeinden 1,7 Millionen und dem Lande 1,6 Millionen zugewiesen werden sollen. Die Steuer soll ab 1. Mai erhoben werden, so daß die Miete für den April voll dem Hausbesitz verbleibt.

Berichterstatter Abg. Rüdert (Soz.) gibt eine Zusammenfassung bekannt, aus der die Höhe der Betriebskosten in den einzelnen Städten zu ersehen sind. — Ein sozialdemokratischer Vertreter bedauert, daß nicht mehr weggesteuert wird. Ein Zentrumredner hebt hervor, daß von allen deutschen Ländern Baden und Württemberg die meisten Vorteile für den Hausbesitz genießen. Das Zentrum stellt den Antrag, daß wenn Befürchtungen vor der Neufassung des Gesetzes bestehen, die Ermäßigung der Steuer rückwirkend auf 1. Mai 1926 ausgesprochen werden müsse. Dem Antrag der Bürgerl. Vereinigung, daß Eigenwohnungen gesondert werden sollten, habe man durch den geringen Prozentsatz der Besteuerung Rechnung getragen.

Der Minister erklärte auf eine Anfrage, das Staatsministerium habe die Frage, ob von der Mieterhöhung um 10 Proz. ab 1. Oktober d. J. etwas weggesteuert werden solle, offen gelassen. Er habe aber die Auffassung, daß wohl keine Mißstände bestehe, die 10 Proz. dem Hausbesitz nicht voll zu lassen ein Vertreter der Deutschen Volkspartei spricht sich gegen die Erhöhung der Steuer aus, während ein demokratischer Redner seine Zustimmung zu dem Entwurf erklärt. Die Abstimmung wird morgen erfolgen.

Beleidigung der Badischen Regierung

Das Schöffengericht Stuttgart hat den verantwortlichen Mediziner des nationalsozialistischen Südwestdeutschen Beobachters, Dr. Josef Geiger in Stuttgart wegen Beleidigung der badischen Regierung unter Anrechnung einer früheren Strafe von 8 Monaten Gefängnis zu vier Monaten Gefängnis verurteilt.

Die Beleidigung war enthalten in einem Artikel der Zeitung, der darauf hinwies, daß dem nationalsozialistischen Führer Hitler das Sprechen und die Teilnahme an einer badischen Gauerammlung von der bad. Staatsregierung verboten worden sei, während die gleiche Regierung „internationale“ Lumpen und bezahlten Schufte ungehindert arbeiten und in landesverräterischer Weise den Feinden Material in die Hände liefern lasse. Mit angeklagt waren der Gauleiter Robert Wagner aus Durlach und der Verfasser des Artikels der Kaufmann Ludwig Ankenbrand aus Karlsruhe, gegen die aber wegen Verjährung das Verfahren eingestellt werden mußte. Der badischen Regierung wurde die Befugnis erteilt, das Urteil auf Kosten des Angeklagten im „Südwestdeutschen Beobachter“ und in der „Karlsruher Zeitung“ zu veröffentlichen.

Die Landesversammlung des Bad. Landesverbandes für Säuglings- u. Kleinkinderfürsorge

findet am Montag, 11. Juli, vormittags 10 Uhr, im Kasinoaal des ehem. Gasthauses zum „Rflug“ in Laß statt. Die Tagesordnung ist folgende: 1. Tätigkeitsbericht, erstattet von Professor Dr. Luft, Direktor des Kinderkrankenhauses Karlsruhe. 2. Kassenericht, erstattet von Regierungsrat Dr. Karlsruher. 3. Tagesberichterstattung. Der Arbeitsausschuß schlägt vor, den Namen des Verbandes abzuändern in: Badischer Landesverband für Säuglings- und Kinderfürsorge. 4. Das neue Reichsgesetz zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten in seiner Auswirkung auf die Kinderfürsorge. Vortragende: a) Professor Dr. med. Neugebauer, Direktor der Universitätskinderklinik Freiburg. b) Maria Siegmund-Schulze, Stadtfürsorge Gohlis. 5. Vorführung des neuen Films „Unser Kind“.

Nachmittags am gleichen Tage besteht die Möglichkeit zur Besichtigung folgender Fürsorgeeinrichtungen: Stadt, Kinderkrippe, Kinderheim des Elisabethenvereins und Einrichtung der Stadt. Sommererholungs-fürsorge.

Republikanische Kundgebung des Reichsbanners in Karlsruhe

Im voll besetzten großen Festhalleaal Karlsruhe fand am Montagabend eine vom Reichsbanner veranstaltete republikanische Kundgebung statt, in der nach kurzen Ansprachen der Reichstagsabgeordneten Schöpslin (S.) und Dr. Haas (D.) förmlich begrüßt auch der frühere Reichskanzler Dr. Wirth das Wort ergriff. Er unterstrich, wie er es schon in seiner Königsberger Rede getan hat, daß sein Ziel die Herstellung einer republikanischen Regierung und der Sturz der gegenwärtigen Reichsregierung sei. Man dürfe den Begriff Staatsautorität nicht verwirbeln mit der durch des Volkes Willen bestimmten Regierung. Dr. Wirth fuhr fort: Wir wollen keine neue Partei. Wichtiger ist für uns die Aufwühlung aller Parteienlager zu politischer Tat. Wir wollen schwarz-rot-gold ins letzte Dorf hinausstrahlen, wir wollen selbst und verantwortungsbewußte stolze Staatsbürger sein. Meinen Freunden im Zentrum sage ich: Gibt es ein Mittelglied zwischen Monarchie und Republik? Zu sagen, wir sind neutral, ist keine Staatsgestimmung. Das große Ringen um die innere Verfassung des Staates hat begonnen. Wir vom Reichsbanner nehmen öffentlich Stellung, die politischen Parteien werden folgen. Wenn meine Freunde Unruhe empfinden, dann empfinde ich besondere Genugtuung. Ich bin nicht hierhergekommen um Leute zu reizen.

Der Redner wies darauf hin, daß Deutschland gerade in der Jetztzeit große Aufgaben im Rahmen des Völkerverbundes als Mittler und Vermittler zu erfüllen habe. Eine Opposition ohne Staatsziel wäre die Aufgabe der Parteien und Organisationen. Alles müsse dem Staate dienen. Im Kampfe gegen die Reaktion könne ihn (den Redner) nichts hemmen, weder Freundschaft noch Parteigehörigkeit. Er möchte vielmehr das Zentrum mitreißend zum Staate der Gegenwart. Nur die Fahne schwarz-rot-gold werde, das Vaterland der Freiheit zuführen. Mit dem Appell, schon jetzt mit der Arbeit für die Reichstagswahlen zu beginnen, schloß Dr. Wirth seine mit förmlichem Beifall aufgenommene Rede.

Neue Arbeitsverordnung

In Baden-Baden fand vor einigen Tagen eine von allen Verbandsvertretern der dem Allgem. freien Angestelltenbund angeschlossenen Organisationen Badens besuchte Konferenz statt, um zu der Neuordnung der Arbeitszeit nach dem Gesetz vom 14. April d. J. Stellung zu nehmen. Insbesondere war das Gutachten Prof. Erdel-Mannheim Gegenstand der Beratung. Nach eingehender Aussprache wurde als einmütiges Ergebnis das Gutachten des Prof. Erdel als weder rechtlich noch sachlich haltbar bezeichnet.

21. Hauptversammlung des Bad. Verkehrsverbandes

Außerordentlich zahlreich waren Vertreter aus dem ganzen Lande Baden zu der 21. Hauptversammlung des Bad. Verkehrsverbandes in Baden-Baden zusammengekommen. Präsident Generalkonsul W. Menzinger eröffnete die Tagung mit Worten der Begrüßung. Es waren u. a. anwesend für das Ministerium des Innern Ministerialrat Dr. Scheffelmeyer, für das Justizministerium Amtsgerichtsrat Loes, für die Reichsbahndirektion Karlsruhe Oberregierungsrat Schifferbender, für die Oberpostdirektion Karlsruhe Oberregierungsrat Löffler, für die Oberpostdirektion Konstanz Oberregierungsrat Malzacher, die Landtagsabgeordneten Wehringer, Wölfer und Dr. Wolfhard, für den Industrie- und Handelstag Dr. Lindner, weiter Vertreter der Handelstammer Heidelberg, des Landesverbandes für Hotelgewerbe und der Schwarzwalddalshofbesitzer sowie als Vertreter der Stadt Baden-Baden Stadtrat Pfeiffer.

In längeren Ausführungen sprach der Vorsitzende anschließend über Ziele und Zwecke des Badischen Verkehrsverbandes. Mit der Beratung des Tätigkeitsberichts trat die Versammlung dann in die Tagesordnung ein. Einbittus Neger erstattete Vorträge über die einzelnen Punkte, die teilweise eine recht lebhaft Debatten im Gefolge hatten. Bürgermeister Keil, Triberg, bat um weitere Unterstützung des Hotelgewerbes durch den Staat. Verkehrsleiter Wolff, Baden-Baden, lenkte die Aufmerksamkeit auf den steigenden Autoverkehr. Er verlangte frühzeitige Anknüpfung der Straßenperren, ferner Abschaffung der Visumbüchlein für Ausländer und Einführung eines kleinen Grenzverkehrs mit dem Elsaß. Verkehrsleiter Duffner, Freiburg, trat für Abschaffung der Gebühren für ausländische Automobilisten ein. Verkehrsleiter Lacher, Karlsruhe, setzte sich für die Bekämpfung der Staubplage und Bekämpfung der Landstraßen ein. Bürgermeister Dr. Amberger, Heidelberg, erbat die Unterstützung der Regierung für das Autostraßenprojekt Mannheim-Heidelberg. Unter Punkt acht beklagte sich unter anderem Bürgermeister Schilling, Lauda, darüber, daß der badische Verkehrsverband das Badische Hinterland zu wenig berücksichtige. Zu Punkt elf (Eisenbahn- und Verkehrsfragen) brachte Bürgermeister Keil, Triberg, dann folgende Entschließung ein, die einstimmig angenommen wurde:

„Die 21. Hauptversammlung des Badischen Verkehrsverbandes erachtet die badische Regierung erneut und dringend, auf eine alsbaldige Elektrifizierung der badischen Bahnen, in erster Linie der Rheintalbahn und der badischen Schwarzwaldbahn — Schwarzwaldbahn und Hällentalbahn — bei der Reichsregierung und Reichseisenbahnhauptverwaltung unermühtlich hinzuwirken und die hierüber schwebenden Verhandlungen baldmöglichst erfolgreich zu Ende zu führen.“

Aus der Landeshauptstadt

Deutsche Turn- und Sportausstellung Karlsruhe 1927

Die ersten drei Tage der großen Deutschen Turn- und Sportausstellung in der städt. Ausstellungshalle brachten den erwarteten starken Besuch. Der tausendste Besucher wählte aus der Reihe der größeren Geschenke, die jeweils für den tausendsten Besucher ausgegeben werden, einen Wochenendaufenthalt auf der Hundsee.

Die Ausstellung ist durch das Eintreffen sehr interessanter und lehrreicher Modelle von Spielplatzanlagen bereichert worden. Diese Modelle waren für die Spielplatzanlage des Reichsausschusses für Leibesübungen und Jugendpflege in Berlin geliehen und werden jetzt hier in der Ausstellung gezeigt. Erwähnt seien das Deutsche Sportforum Berlin, die Stadions Frankfurt, Stockholm, Rhein-Gerne und Duisburg. Auch die musterwürdige Anlage des I. F. C. Nürnberg ist zu sehen. Von ganz besonderem Interesse ist eine Rekonstruktion von Olympia nach dem Ergebnis der deutschen Ausgrabungen. Diese und andere Modelle sind für Karlsruhe angefertigt des großen Hartwaldprojekts, das ebenfalls zu sehen ist, besonders lehrreich.

Die Firma G. Braun, vorm. G. Braunsche Vossbuchdruckerei und Verlag in Karlsruhe, der Verlag der bekannten Turnbücher von Alfred Maul, dem Vorkämpfer und Vater des badischen Turnwesens und der Werke der heute in ihm führenden Persönlichkeiten, wie Direktor Eichler, Turninspektoren Leonhardt, Landhäuser und Kübler zeigt auf seinem von Kunstmalerei Seiberlich aufgebauten Stand Bücher und Zeitschriften über Turnen, Spiel und Gymnastik, denen Zeichnungen und photographische Aufnahmen aus den Verlagswerken beigegeben sind.

In einer Vitrine stellt Turninspektor Leonhardt, der dieser Tage seinen 70. Geburtstag begeht, die Entwicklung des badischen Turnwesens im Knaben-, Mädchen- und Vereinsturnen an Hand der verschiedenen Lehrbücher und Lehrpläne in interessanter und übersichtlicher Weise dar. Der Name wird beherrscht durch ein Bildnis von Hofrat Alfred Maul †, des Begründers des badischen Schulturnens und Ehrenvorsitzenden der Deutschen Turnerschaft. Auf die Veröffentlichungen des Vereins „Badische Heimat“, herausgegeben von seinem verdienstvollen stellvertretenden Landesvorsitzenden Herrn. Eris Busse und andere Werke zur geistigen Erziehung wird der Besucher durch besondere Zusammenstellungen aufmerksam gemacht.

Zubehört des Karlsruher Diakonissenhauses. Das Mutterhaus der evangelischen Diakonissen in der Erbspringenstraße kann auf ein 150jähriges Bestehen zurückblicken. Aus diesem Anlaß fanden größere Feierlichkeiten statt, zu denen die Schwestern in stattlicher Zahl aus nah und fern herbeigezogen waren. Aus kleinen Anfängen heraus hat sich das Mutterhaus „Bethlehem“ zu einer großen und äußerst segensreichen Anstalt entwickelt, die heute auf ihren badischen und außerbadischen Stationen rund 12 000 Kinder betreut und zu ihrem Tätigkeitsgebiet auch ein Kindergärtnerinnenseminar mit Vorseminar, eine Kinderpflegerinnen- und Erzieherinnen-schule zählt. 11 Schwestern konnten für 25jährige Dienste das silberne und zwei Schwestern das vergoldete Kreuz für 40jährige Dienste überreicht werden. Beim Festgottesdienst in der evang. Stadtkirche hielt der Ehrenvorsitzende des Verwaltungsrates, Geheimrat Dr. Mayer eine Ansprache, in der er einen Rückblick warf auf die Geschichte der Anstalt und allen denen herzlich dankte, die sich um ihre Entwicklung verdient gemacht haben. Kirchenpräsident Dr. Wurth überbrachte die Grüße der Landeskirche. Die Festpredigt hatte Pfarver Diener von Bernsdorf übernommen. — Sonntag nachmittags fand im Festsaal die eigentliche Festfeier statt, wobei Staatspräsident Dr. Traut, Kirchenpräsident Dr. Wurth, der Vertreter des Unterrichtsministers und im Jugendwert tätige Persönlichkeiten dem bewundernswerten selbstlosen Wirken der Schwestern Worte höchster Anerkennung zollen. Die Feier wurde ausgefüllt durch Rosenmenschöre, Lied und Gebet.

Bad. Konservatorium für Musik. Im Rahmen der diesjährigen öffentlichen Prüfungskonzerte findet heute ein Badischer Abend statt, dessen interessante Programm-Zusammenstellung erfahrenen Genuß verspricht. Das im Bürgeraal des Rathauses vor sich gehende Konzert beginnt um 8 Uhr.

